



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 16. Februar 1889.

Nr. 79.

Der Sturz Floquet's.

Eine aus den Opportunisten, den Boulangisten und den Monarchisten bestehende Mehrheit der französischen Deputiertenkammer hat gestern wie bereits gemeldet, mit 307 gegen 218 Stimmen, indem sie die Beratung der Revisionsvorlage zu vertagen beschloß, das radikale Ministerium Floquet-Freycinet gestürzt. Diese Katastrophe war insofern nicht überraschend, da bereits der am 31. Januar nach der Pariser Wahl Boulangers in der Deputiertenkammer durch die mit 300 gegen 240 Stimmen erfolgte Annahme des Vertrauensvotums errungene Sieg Floquet's als ein „Pyrrhusieg“ bezeichnet werden mußte. Es konnte dem Konseilspräsidenten nur darauf ankommen, sich einen guten „Abgang“ zu sichern; auch läßt sich nicht in Abrede stellen, daß Floquet, nachdem er der Republik durch die erfolgreiche Verteidigung und Durchsetzung der Vorlage über die Arrondissementwahlen einen letzten Dienst geleistet hat, insofern nicht mit Unehren unterlegen ist, als er die Revision der Verfassung auf sein Programm gesetzt hatte, mit dem er stehen oder fallen wollte. Freilich wird hervorgehoben, daß die Verfassungsrevision so lange nur ein Schemen bleiben müßte, als die Ablehnung dieser Vorlage von Seiten des Senats sicher war. Andererseits ist es für die Taktik der Boulangisten und der mit ihnen verbündeten Monarchisten bezeichnend, daß sie, die ebenfalls die Verfassungsrevision an die Spitze ihrer Wahlaufträge setzen, gestern, um das radikale Ministerium zu stürzen, mit den Opportunisten gemeinschaftliche Sache machten.

Was nun die Konsequenzen des gestrigen Votums betrifft, so entsteht die Frage, ob die Opportunisten sich bereits stark genug fühlen, im Hinblick auf die in diesem Jahre stattfindenden allgemeinen Wahlen die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Dagegen spricht zunächst die Tatsache, daß die Boulangisten und Monarchisten dann bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit durch ein Bündnis mit den Radikalen das opportunistische Ministerium zu beseitigen vermöchten. Vor einer Auflösung der Deputiertenkammer müßten die Opportunisten jetzt noch zurückweichen, obgleich das Eisenstratum durch die Bezirks- wahlen erhebt ist. Würden die Arrondissement- wahlen doch jetzt keineswegs den Republikanern einen Erfolg sichern, ganz abgesehen davon, daß der Präsident der Republik und der Senat keineswegs ohne Weiteres der Kammerauflösung zustimmen würden, zumal da andernfalls das Schicksal der Pariser Weltausstellung noch im letzten Augenblicke gefährdet werden könnte. Eine andere Lösung der gegenwärtigen Krise wäre die Bildung eines Geschäftsministeriums oder eines Koalitionsministeriums. Das erstere würde sich als notwendig erweisen, falls die Opportunisten nicht im Stande wären, ein eigenes Kabinett zu bilden oder die bezeichnete Fusion mit den Radikalen zu ermöglichen. Jedenfalls werden die Opportunisten nichts unversucht lassen, um sich einen maßgebenden Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu sichern. Man darf gespannt sein, ob ein so konstituirtes Ministerium dann auch, wie das leitende Organ, die „Republique Française“, seit geraumer Zeit vorschlägt, die Aufhebung des Verbannungsdekrets gegen den Herzog von Amale verwirklichen würde. Allerdings wird in Bezug auf eine solche Maßregel bemerkt, daß sie weniger eine Regung des Edelmuths bedeute, als der Absicht entspringen würde, den Teufel (Boulangier) durch Beelzebub (Amale) auszutreiben. Welchen Verlauf aber auch die gegenwärtige Krise nehmen wird, so darf doch nach wie vor angenommen werden, daß die Entscheidung über das Loos der Republik selbst erst bei den allgemeinen Wahlen erfolgen wird. Allerdings ist nach der Annahme der Vorlage über die Arrondissementwahlen nicht ausgeschlossen, daß der Zeitpunkt dieser Wahlen früher eintritt, als ursprünglich angenommen wurde.

Ueber die französische Ministerkrise liegen folgende telegraphische Mittheilungen vor:

Paris, 15. Februar. Präsident Carnot hat außer mit den Präsidenten des Senats und der Kammer bisher mit keiner politischen Persönlichkeit über die Lage konferirt. Die Verhandlungen wegen Bildung eines neuen Kabi-

nets werden erst heute Vormittag ihren Anfang nehmen.

Die opportunistischen und gemäßigten Blätter heben hervor, daß die gestrige Abstimmung der Deputiertenkammer reinen Tisch gemacht habe und dem Präsidenten der Republik volle Handlungsfreiheit hinsichtlich der Bildung eines Kabinetts nach seiner Wahl gewähre. Die radikalen Blätter sagen, nach dem Sturze Floquet's durch die Opportunisten sei keine Konzentration der Republikaner mehr möglich. Die konservativen und boulangistischen Zeitungen sind der Meinung, daß die Auflösung der Kammer jetzt notwendiger sei, als je, denn die jetzige Kammer zähle nicht mehr mit.

Aus Paris liegen ferner an der Berliner Börse Depeschen vor, nach welchen ein opportunistisches Ministerium an die Reihe kommen soll. Man nannte in Paris Leon Say und Rouvier.

Die „Nat.-Ztg.“ erhält folgendes Telegramm:

Paris, 15. Februar. Carnot hat gestern Abend dem Präsidenten der Kammer Meline angeboten, er solle eine Art Geschäfts-Ministerium bilden, um die Erledigung des Budgets für 1890 zu ermöglichen und dann die Kammer zu vertagen. Floquet könnte dann wieder Kammerpräsident werden. Diese Kombination soll Aussicht haben. Die opportunistischen Organe erklären, Carnot habe jetzt freie Hand und werde seine Pflicht thun, aber trotzdem sei die Bildung eines Kampfminderiums wenig wahrscheinlich. Parlamentarische Kreise erachten die Neubildung des Kabinetts Floquet mit Meline als Präsidenten nicht für ausgeschlossen. Das Manifest der Boulangisten macht keinen Eindruck. Der Wirt war unter den republikanischen Fraktionen wird die Bildung eines Ministeriums sehr erschweren.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Der Kaiser arbeitete am heutigen Vormittag bis um 9^{3/4} Uhr allein und begab sich darauf nach dem Exerzierhause in der Kesselstraße, woselbst derselbe der Rekrutenbesichtigung des 1. Bataillons des Garde-Füsilier-Regiments bis gegen 12^{1/2} Uhr beiwohnte. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, ertheilte der Kaiser um 12^{3/4} Uhr dem Domprobst von Trier, Dr. Scheffgen, Audienz und um 1 Uhr hatten die beiden Gebrüder Freiherrn v. Doblendorff aus Hamburg die Ehre des Empfangs.

Wie die „N. Pr. Ztg.“ vernimmt, wird der Kaiser die marokkanische Botschaft am Sonnabend in feierlicher Abschieds-Audienz empfangen.

Die Erbschaft der Kaiserin Friedrich aus der Hinterlassenschaft der Herzogin von Galliera dürfte, wie das „Wiener Extrablatt“ sich aus Paris telegraphiren ließ, nachdem man sie anfänglich nur auf 5 Millionen Franks geschätzt hatte, nach den bisherigen Ergebnissen der Liquidation 10 Millionen übersteigen. Die Angelegenheit wird durch die deutsche Botschaft geführt.

Gestern ist der Prinz Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha, Schwager des verstorbenen Kronprinzen von Oesterreich und ältester Bruder des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, zu kurzem Besuche in Berlin eingetroffen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Prinz, welcher den Kronprinzen Rudolf, zumal in den letzten Tagen seines Lebens, sehr nahegestanden, hierher kommt, um dem Kaiser über die letzte Zeit des Kronprinzen Rudolf Bericht zu erstatten.

Der Prinz Philipp zu Koburg-Gotha, Herzog von Sachsen, hat sich gestern Abend von dem Kaiser und der Kaiserin wieder verabschiedet und Abends 8 Uhr 55 Min. auf der Anhalter Bahn Berlin wieder verlassen, um nach Wien zurückzufahren.

Wie der „B. B.-C.“ hört, beabsichtigt der Staatssekretär v. Bötticher nach dem für Ende nächster Woche zu erwartenden Abschluß der ersten Lesung der Alters- und Invaliditätsversicherung in der Kommission sich für einige Tage zu seiner Erholung aufs Land zu begeben.

Die Washingtoner Meldung in der Londoner Ausgabe des „New York Herald“, daß Bayard die Bedingung gestellt habe, Fürst Bis- marck solle die kriegerischen Operationen auf

Samoa per Telegraph suspendiren, andernfalls würde Bayard die Beteiligung an der Konferenz ablehnen, ist erdichtet. Bayard hat keine solche Bedingung gestellt, sondern nur Wünsche geäußert.

In der heutigen (3.) Sitzung des Herrenhauses machte der Präsident Herzog von Ratibor zunächst davon Mitteilung, daß, gemäß dem ihm erteilten Auftrage, der Präsident Sr. Majestät dem Kaiser und Könige zu Allerhöchstdessen Geburtstag die Glückwünsche des Herrenhauses zum Ausdruck gebracht, und daß Seine Majestät ihn beauftragt habe, Allerhöchstdessen Dank hierfür dem Hause auszusprechen. Der Präsident macht ferner Mitteilung von dem folgenden, ihm zugegangenen Schreiben des k. k. österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen v. Szechenyi auf die namens des Herrenhauses an denselben gerichtete Beileidskundgebung aus Anlaß des Ablebens Sr. k. k. Hoheit des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich:

„Berlin, 11. Februar 1889.

Erw. Durchlaucht! In Ausführung meiner an Erw. Durchlaucht gerichteten Zuschrift vom 2. d. M. habe ich nicht verfehlt, das Präsidialschreiben des hohen preussischen Herrenhauses, welches die Mittheilung enthält, daß das hohe Haus beschloßen habe, seiner Theilnahme an dem Ableben Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Kronprinz Rudolf Ausdruck zu geben, im Wege des k. und k. Ministeriums des kaiserlichen Hauses und des Außen, Sr. Majestät dem Kaiser und König, meinem Allernächsten Herrn zu unterbreiten. Ich bin nun von meiner hohen Regierung beauftragt, Erw. Durchlaucht die Versicherung auszusprechen, daß die Beileidskundgebung des hohen preussischen Herrenhauses für uns ein trostreiches Zeichen der brüderlichen Gesinnung ist, welche die beiden Staatswesen in guten und trüben Tagen so innig vereinigt. Ich beehre mich gleichzeitig an Erw. Durchlaucht die ganz ergebene Bitte zu richten, dem hohen preussischen Herrenhause sowohl im Namen meines schwergeprüften Herrschers als in dem meiner k. und k. Regierung den tief empfundenen Dank in geeigneter Weise auszusprechen. Ich bezeuge zugleich diesen Anlaß, um Erw. Durchlaucht den ausgezeichneten Ausdruck meiner Hochachtung zu erneuern.

Kaiser Franz Josef hat beim Empfange der Präsidenten beider Häuser des Reichstages und des Oberbürgermeisters von Pest vorgestern seine Zuversicht ausgesprochen, daß seine Absichten und seine Regierung, welche sein volles Vertrauen besitze, im Ober- und Unterhause die nötige Unterstützung finden werden. Dem Oberbürgermeister gegenüber sprach er die Hoffnung aus:

„Daß in diesen Wochen der Trauer, welche Ich und die Königin hier zu verbringen beabsichtigen, die Hauptstadt zur Linderung Unseres Schmerzes durch ihre Haltung die jeder Zeit bethätigte Treue und Anhänglichkeit beweisen wird.“

Die Antwort waren erneute Tumulte auf den Straßen, bei welchen wiederum die Studenten die leitende Rolle spielten, und erneutes schroffes, absichtlich herausforderndes Auftreten der äußersten Linken im Unterhause. Ueber das Letztere ist bereits berichtet. Ueber den Fortgang der Straßentumulte wird gemeldet:

Pest, 15. Februar. Gestern Nacht fand abermals eine große Demonstration statt, 3000 Studenten zogen vor den oppositionellen Klub. Abgeordneter Lits hielt vom Fenster aus eine Rede, in der er sagte: „Studenten! Die Nation ist mit Euch! Man stellt die Sache so dar, als wäre die Nation mit dem König entzweit.“ Laute Rufe: „Es lebe der König!“ Berittene Polizei stürzt in diesem Augenblicke auf die Menge ein und jagt sie auseinander. Aus der Masse schallen der Polizei Rufe entgegen: „Wüthende Schurken!“ „Jugendmörder!“ Vom Fenster des Klubs ruft der Abgeordnete Polanyi: „Mörder! Schurke!“ Eine halbe Stunde später marschirt Militär auf, erst gegen Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Pest, 15. Februar. Im Laufe des gestrigen Abends wurden 48 Verhaftungen vorgenommen, von denen 10, weil es sich um unter polizeilicher Aufsicht stehende Personen handelte, aufrecht erhalten wurden. Die gestern Abend ausgerückte Kompagnie Infanterie konnte schon um

10^{1/2} Uhr Nachts, ohne daß ihr Einschreiten erforderlich gewesen wäre, wieder in die Quartiere zurückkehren, da nach zehn Uhr überall Ruhe herrschte. Vor dem Klub der Unabhängigkeitspartei hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, welche wiederholt rief: „Es lebe der König.“

Pest, 15. Februar. Die oppositionellen Blätter erklären auf das entschiedenste, daß die stattgehabten Demonstrationen lediglich gegen die ungeschicklichen Verfügungen der Polizei gerichtet gewesen seien; keine ungarische politische Partei beanspruche die Unterstützung der Strafe in den parlamentarischen Kämpfen. Die liberalen Organe fordern alle Patrioten auf, zur Beschwichtigung der Gemüther beizutragen, denn durch die Verirrung der Jugend erschienen nur die vaterländischen Interessen gefährdet.

Von dem von der englischen Regierung eingesetzten sogenannten Bannell-Ausschusse haben sich bisher die Verhandlungen langsam und träge weitergeschleppt, ohne Thatfachen von Bedeutung ans Licht zu bringen. Die erste Ausnahme davon bildet die gestrige Sitzung, in welcher endlich die Quelle aufgedeckt ist, aus der die „Times“ die von ihr veröffentlichten angeblichen Briefe Bannell's erhalten hat. Diese Quelle muß nach den gestrigen Enthüllungen als eine sehr trübe bezeichnet werden, so daß der große Geldaufwand, den sich die „Times“ gestattet hat, um Bannell zu vernichten, schwerlich Zinsen tragen wird. Soames, der Sachwalter der „Times“, gab dem Ausschusse die von diesem geforderten Aufklärungen. Danach gingen die Bannellbriefe der „Times“ von dem Sekretär der irischen unionistischen Gesellschaft „Loyal and patriotic Union“, Houston, zu; Houston aber hatte dieselben von einem gewissen Pigott, ehemaligem Redakteur der irischen Zeitung „Shamrock“, empfangen. Die Briefe wurden Houston von der „Times“ mit 2622 Pf. bezahlt; von der „Times“ wurden außerdem noch etwa 2000 Pf. für gewisse Geheimpolizisten aufgewendet, die im Interesse des entstandenen Prozesses nach Amerika gesendet wurden. Die Briefe wurden vor ihrer Veröffentlichung einem Handschriftsachverständigen vorgelegt. Soames sprach seine Ansicht über den Schreiber der Briefe dahin aus, daß der Text derselben von der Handschrift des früheren Sekretärs Bannells und jetzigen Parlamentsabgeordneten Campbell herrühre. Die von der „Times“ veröffentlichten Artikel „Bannellismus und Verbrechen“ sind nach den Angaben Soames' von dem Tageschriftsteller Flanagan, dem Sohne eines irischen Richters, verfaßt. Der Name dieses bis dahin in weiteren Kreisen völlig unbekanntem Schriftstellers erbaut die Artikel allen Werthes, den ihnen die „Times“ und ihre Genossen im Kampfe gegen die Bannelliten beizulegen beabsichtigt gewesen sind.

Ueber Südwestafrika wird der „Wes.-Ztg.“ geschrieben: „Aus Walfischbai ist eine neue Post eingetroffen, welche verschiedene Nachrichten über die Zustände im deutschen südw. afrikanischen Schutzgebiet gebracht hat. Danach hat sich die Lage der Deutschen daselbst allerdings nicht gebessert, aber der alte Häuptling Maharero ist nun auch mit dem Engländer Lewis, seinem neuen Berater, ziemlich zerfallen und möchte sich denselben gern wieder vom Halse schaffen. Lewis läßt sich allerdings dadurch nicht stören und hat mit der Ausbeutung einiger von Deutschen entdeckten und erworbenen Goldminen widerrechtlicher Weise begonnen. Es sind zwei deutsche Damen im Schutzgebiete angelangt, die Gattin des Reichskommissars, welcher sich in Walfischbai aufhält, und diejenige des Dr. Fleck, eines Ingenieurs, welche im Dienste des Herrn v. Kienthal steht. Herr Fleck ist übrigens unbekümmert um die Drohungen Mahareros im Innern, im Gebiete eines andern Häuptlings, wo er reiche Metalladern gefunden hat, deren Ausbeutung er vorbereitet. Es dürften ihm bald weitere Hilfskräfte aus Deutschland zugeföhrt werden. Der Chef der Bergbehörde, Assessor Freelinghaus, hält sich in Walfischbai auf. Derselbe äußerte sich günstig über die Naturverhältnisse und die Aussichten des Schutzgebietes, von welchem er viel Nutzen für Deutschland erwartet. Sein Gefühls, ein Bergreferendar, und der Ingenieur des Goldsyndikats sind dagegen nach Deutschland zurückgekehrt, um in Berlin über die

